

Neuhoff, Karsten

Article

Klimabeitrag alter Kraftwerke als Plan B

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Neuhoff, Karsten (2015) : Klimabeitrag alter Kraftwerke als Plan B, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 14/15, pp. 339-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/109672>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D. ist Leiter der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Klimabeitrag alter Kraftwerke als Plan B

Damit Deutschland seine Klimaziele für 2020 erreicht, muss auch der Kraftwerkspark einen Beitrag leisten und die Emissionen um 22 Millionen Tonnen gegenüber der Projektion, also um zusätzliche sechs Prozent, reduzieren. Mit mehr Wind- und Sonnenenergie und einer Verbesserung der Energieeffizienz ist das möglich. Jedoch ist insbesondere Stromerzeugung mit Braunkohle bei den aktuellen CO₂-Preisen im Europäischen Emissionshandel so günstig, dass die Produktion mit CO₂-intensiven alten Kraftwerken nicht reduziert, sondern lieber exportiert wird.

Als Plan A sind deswegen Europäisches Parlament, EU-Kommission und Mitgliedsländer in die Verhandlung über eine Marktstabilitätsreserve (MSR) für den Europäischen Emissionshandel eingestiegen. Der Überhang an Zertifikaten soll abgebaut werden, sodass der Emissionshandel wieder glaubwürdige und konsistente CO₂-Preise liefert. Zentrale Frage ist der Zeitpunkt der Einführung der Marktstabilitätsreserve. Deutschland und Großbritannien haben als Eintrittsjahr 2017 vorgeschlagen, das EU-Parlament das Jahr 2018. Die EU-Präsidentschaft Litauens ist am 26. März mit dem Anfangsdatum 2021 in die Verhandlung gezogen. Solch eine späte Einführung würde jedoch zu langanhaltender Unsicherheit führen, neue Investitionen verzögern und die Betreiber alter Anlagen verunsichern.

Deshalb wurde, als Plan B, der Klimabeitrag vom Wirtschaftsministerium in die Diskussion gebracht. Das Konzept sieht vor, dass alte Kraftwerke, wenn sie ein ihnen zugeteiltes Emissionsbudget überschreiten, für diese Emissionen zusätzliche CO₂-Zertifikate im Wert von 20 Euro pro Tonne CO₂ abgeben. Das liefert Anreize für die Reduktion der Stromerzeugung mit den CO₂-intensivsten Kraftwerken, damit Kohle schrittweise durch erneuerbare Energien substituiert wird.

Mit dem Klimabeitrag als Plan B kann Deutschland in den nächsten Wochen glaubwürdiger mit anderen europäischen Ländern, EU-Kommission und Parlament die Ausgestaltung der Marktstabilitätsreserve diskutieren. Die Reaktionen in Deutschland zum Klimabeitrag haben gezeigt, dass dabei die Auswirkungen auf Arbeitsplätze direkt angesprochen und Perspektiven aufgezeigt werden müssen. Mit einer schrittweisen Reduktion der Stromproduktion aus Kohle verschiebt sich der Fokus der deutschen Energiewirtschaft und mit ihm die damit verbundenen Arbeitsplätze hin zum Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Hier zeigt sich, dass die wahre Herausforderung der Energiewende nicht in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegt. Vielmehr liegt die Herausforderung in der Gestaltung des schrittweisen Strukturwandels in Regionen, die eng mit Kohleabbau und -nutzung verbunden sind. In diesen Regionen gilt es, Perspektiven für Menschen zu entwickeln – angefangen von frühzeitigen Weiterbildungsprogrammen über Förderung von Neugründungen und Innovationen bis hin zur Bereitstellung von Infrastruktur für neue Geschäftsfelder.

Klare Rahmenbedingungen und insbesondere Emissionsreduktionsziele sind dabei notwendig, damit private und öffentliche Entscheidungsträger nach vorne schauen, frühzeitig neue Strategien entwickeln und Investitionen in zukunftsweisende Geschäftsfelder tätigen. Der Klimabeitrag ist in diesem Kontext keine neue Anforderung, sondern bestätigt die Bedeutung der vereinbarten Klimaziele für öffentliche und private Akteure. Diskutiert werden sollte jetzt, wie Bundesregierung und EU-Kommission die Umsetzung der daraus abgeleiteten Strategien stärken können.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Peter Krause
Dr. Jan Marcus

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.